

Gerhard Hanloser (Hg.)

**»Sie warn die Antideutschesten
der deutschen Linken«**

Zu Geschichte, Kritik und Zukunft
antideutscher Politik

U N R A S T

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Für Hinweise, Kritik, Korrektur und nette Stunden möchte ich mich bei Martina Gross, Felix Kurz, Maritta Reichart und Timo Lammer bedanken.

Gerhard Hanloser (Hg.)

»Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken«

1. Auflage, Oktober 2004

ISBN 3-89771-432-9

© UNRAST-Verlag, Münster

Postfach 8020, 48043 Münster – Tel. (0251) 66 62 93

info@unrast-verlag.de

Mitglied in der *assoziatiön Linker Verlage* (aLiVe)

Umschlag: Sybille Kunkler, online Design gmbh, Bad Kreuznach

Satz: UNRAST-Verlag, Münster

Druck: Interpress, Budapest

Inhalt

Gerhard Hanloser

»Tant de bruit pour une omelette!« 7

Bernhard Schmid

Deutschlandreise auf die »Bahamas«
Vom Produkt der Linken zur neo-autoritären Sekte 15

Markus Mohr / Sebastian Haunss

Die Autonomen und die anti-deutsche Frage
oder: »Deutschland muss ...« 65

Michael Koltan

Talking 'bout my generation 87

Wolf Wetzel

Vom linken Bellizismus zum
anti-deutschen BefreiungsImperialismus 105

Detlef Hartmann

»Unamerican«
Die Funktion des Antiamerikanismuskurses
in der neuen Etappe des Klassenkampfes 131

Gazi Caglar

Kapitalistische Zivilisation als Barbarei und der »Kampf der Kulturen«
Über »Islamo-Faschismus« und kritisches
Unterscheidungsvermögen 161

Gerhard Hanloser

Bundesrepublikanischer Linksradikalismus und Israel –
Antifaschismus und Revolutionismus
als Tragödie und als Farce 171

<i>Moshe Zuckermann</i>	
Was heißt: Solidarität mit Israel?	211
<i>Michael Kiefer</i>	
Die Gefahr des islamisierten Antisemitismus	221
<i>Holger Schatz</i>	
»Die Welt aushalten lernen«.	
Neoliberale Formierung des Selbst und linke Marktapologetik	226
<i>Jürgen Behre, Thomas Gehrig, Nadja Rakowitz, Thomas Schweier</i>	
Ideologie der antideutschen Avantgarde. Eine Kritik theoretischer Voraussetzungen und politischer Implikationen der Position der ISF	247
<i>Ilse Bindseil</i>	
Sektiererische Reflexion und korrektes Denken Versuch einer philosophischen Identifikation	269
Autorinnen und Autoren:	286

Die Autonomen und die anti-deutsche Frage oder: »Deutschland muss ...«

Warum die Autonomen mit Deutschland nichts am Hut haben wollten

Der Begriff »antideutsch« kann in verschiedener Hinsicht interpretiert. Mit einer gewissen historischen Tiefenschärfe lassen sich mehr oder minder explizit antideutsch motivierte Ideen und Gedanken an verschiedenen Stellen der Geschichte dieses Landes auffinden. Bereits in seiner 1844 publizierten »Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie« proklamierte bekanntlich kein geringerer als Karl Marx: »Krieg den deutschen Zuständen! Allerdings!« Fast zeitgleich brachte das von Heinrich Heine publizierte Gedicht »Die schlesischen Weber« bereits in seiner ersten Strophe eine unmissverständliche Absage an »Deutschland« zum Ausdruck:

»Im düstern Auge keine Träne,
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch –
Wir weben, wir weben!«

Erwähnt werden können auch ein paar frühe Schriften des preußischen Konservativen Sebastian Haffner aus den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts: In seinen Büchern »Germany: Jekyll & Hyde« und »Geschichte eines Deutschen« hat Haffner eine ganze Reihe von notwendigerweise auch spekulativ begründeten, gleichwohl auch originellen Einsichten über den zur Diskussion stehenden »Gegenstand« publiziert. Und wer mag sich noch an die geschliffenen Beiträge des bis ins Jahr 1939 im britischen Foreign Office als Unterstaatssekretär amtierenden Lord Robert Gilbert Vansittart erinnern, der allen Deutschen eine pathologische Aggressivität unterstellte und sie als »die Störenfriede der Zivilisation seit Tacitus« bezeichnete? Vansittart vertrat dabei die These, da den Deutschen Eroberungsdrang, Unterwürfigkeit und Willfährigkeit gegenüber Diktatoren gewissermaßen angeboren seien, sie auch aus dem Kreis der zivilisierten Völker auszuschließen seien. Es war nicht zuletzt Willy Brandt, der im schwedischen

Exil nach seinem Biographen Peter Merseburger »dem im Westen wachsenden Deutschenhass« energisch entgegentrat.

Mit einem Blick auf die konventionell organisierte Partei- und Regierungspolitik der Bundesrepublik Deutschland würde man den etwas bekannter gewordenen Politikern Konrad Adenauer, Helmut Kohl und Joseph Fischer sicher nicht zu nahe treten, wenn man Teile ihrer politischen Praxis und Strategie in einem gewissen untergründigen Sinne als »antideutsch«, mindestens jedoch als antinational bezeichnet. Für den früheren Rheinbundseparatisten Konrad Adenauer fing bekanntlich bereits kurz hinter Magdeburg d.h. im preußischen Kernlande »die russische Steppe« an, weswegen er auch mit der Nachkriegsspaltung Deutschlands in Form der Existenz sowohl der DDR als auch der BRD in einem mentalen Sinne erheblich weniger Probleme hatte, als nationale Sozialdemokraten vom Schlage eines Schuhmacher, Wehner, Bahr und Brandt. Helmut Kohl verwendete wesentliche Teile seiner politischen Praxis auf das halb-mafiös-klientelistisch organisierte Versorgen seines Parteiapparates, saß ansonsten substantielle politische Entscheidungen im wesentlichen aus, verankerte die Bundesrepublik unumkehrbar in der Europäischen Union und verschenkte dafür die heilige D-Mark. Die Biographie Joseph Fischers ist bekanntlich untrennbar mit dem Genuss amerikanischer Rockmusik, dem Inhalieren einer illegalen Droge und der - Ehre wem Ehre gebührt - Verhinderung eines zweiten Auschwitzes durch den von der Bundeswehr mit durchgeführten Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien verknüpft.

In einer etwas kleinteiligeren Sicht, die zur Diskussion des Zusammenhangs der hier anstehenden Thematik etwas angemessener zu sein scheint, macht es Sinn, einen Sprung in die Zeit der Studentenrevolte zu machen. Und da findet sich auf der Titelseite des linksradikalen Untergrundblattes 883 aus Berlin in der 27. Ausgabe vom 14. August 1969 die Formulierung »Anti-deutsche Agitation« referiert. Genannt auch im Zusammenhang mit Begriffen wie »lautstarke Rabauken« und »hysterisches Rudel von akademischen Halbstarcken« scheint dieser Begriff offenbar von der militant-antikommunistisch eingestellten Frontstadtbevölkerung den protestwilligen Studenten entgegen gehalten worden zu sein. Neben allem anderem verweist das nicht nur auf eine gewisse Griffigkeit, sondern auch auf eine Überallgemeinheit der Begrifflichkeit, die beliebig - übrigens auch von der politischen Rechten - in Anschlag gebracht werden kann.

Es steht zu vermuten, dass diese, wenn man so will, frühen um den Begriff *antideutsch* kreisenden Bezüge den allermeisten Autonomen nicht geläufig sein werden. Viel eher ist anzunehmen, dass heute aus dem in den frühen 80er Jahren komponierten, und wohl populärsten Song der Hamburger Punk-Band Slime ein paar Textpassagen z.B. aus der ersten Strophe – auch in einem melodischen Sinne – im autonomen Ohr nachhallen:

»Wo Faschisten und Multis das Land regiern,
wo Leben und Umwelt keinen interessieren,
wo alle Menschen ihr Recht verlieren,
da kann eigentlich nur noch eins passieren:
Deutschland muss sterben, damit wir leben können,
Deutschland muss sterben, damit wir leben können,
Deutschland muss sterben, damit wir leben können,
Deutschland muss sterben, damit wir leben können.«

Die zentrale Botschaft dieses Liedes war von Slime auch als eine frontale Entgegensetzung zu der Inschrift auf dem Kriegerdenkmal am Hamburger Dammtorbahnhof »Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen« entworfen worden. Die Punks von Slime waren damals nicht allein in ihrer Wut auf das in vielerlei Hinsicht obszöne Kriegerdenkmal. Ihr völlig berechtigter Hass darauf, entsprach in jeder Note und Faser völlig dem Lebensgefühl einer damals entstehenden autonomen Jugend- und Subkultur, die auch in der seit Ende der 70er Jahre von Großbritannien in die BRD schwappenden Punkwelle wurzelte. Diese Stimmungslage wurde dabei durch die vom Liedtext immer wieder ausgehende Provokationswirkung auf die staatlichen Behörden gewissermaßen politisiert. Zeitweise durfte der von den Punks herausgeschrieene »Deutschland muss sterben«-Wunsch nur in einer inkriminierten »Deutschland muss pieps«-Fassung vertrieben werden. Immer wieder kam es im Rahmen von Demos beim Abspielen der Original-Version aufgrund des Vorwurfs der Verunglimpfung des Staates zu Polizeieinsätzen, mit nachfolgenden Gerichtsverfahren und entsprechenden Verurteilungen. Dieser durch die Verwendung des Songs stets von neuem ausgelöste staatliche Zugriff fand erst – man höre und staune – durch eine im November des Jahres 2000 gefällte und von skurrilen Begründungselementen nicht ganz freie Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts sein vorläufiges Ende. Sie stellte den schönen Liedtext unter den Schutz des Artikel 5, Absatz 3, Satz 1, sprich: er wurde als »Kunst im Sinne dieses Grundrechts« gewissermaßen in das deutsche Kulturerbe mit aufgenommen.

Ob da wohl noch zu Beginn der 80er Jahre antideutsch inspirierte Han-sa-Pils-Büchsen-leerende Punks vom Altonaer Spritzenplatz unerkannt und quer durch die Institutionen an die Spitze des höchsten Gerichtes dieses Staats marschiert sind?

Jedenfalls verweist die bereits in der ersten Strophe des Liedtextes durchgeführte viermalige Wiederholung des »... muss sterben«-Slogans mindestens auf eine tief empfundene emotional eingefärbte Intensität, mit der Slime ihren Ekel und Widerwillen gegenüber dem ausdrücken wollten, was sie als »Deutschland« empfanden. Hätte man den Hamburger Punks damals gesagt: »Hey, ihr seid doch Antideutsche«, so hätten sie sicherlich damit nur dann ein Problem gehabt, wenn man ihnen versucht hätte aufzunötigen, das im Widerspruch zu ihrem Punk-Sein verstehen zu sollen. So lässt sich zunächst einmal festhalten, dass mindestens in kultureller Hinsicht die Zusammenhänge von Autonomen mit dem, was man in einem ersten spontanen Zugriff als »antideutsche Frage« benennen kann, eng sind, und Abgrenzungen zunächst einmal nicht ohne weiteres zu machen sind. Setzt man einfach aus der Perspektive vieler Autonomer den Begriff »Deutschland« synonym mit dem Begriff »System«, so macht die Ablehnung des einen wie des anderen auch nicht die allergeringsten Schwierigkeiten. Als sicher kann jedenfalls gelten, dass, wenn man in irgendeiner beliebigen Kneipe dieses Landes, in der viele Linke verkehren - ob nun nach einem oder ganz vielen Bieren - mehr oder weniger unmissverständlich die Aussage ausstößt: »Deutschland ist scheiße!«, man mit erheblich weniger Nachfragen, Irritationen und Begründungsanstrengungen rechnen muss, als mit einer gegenteiligen Behauptung in Form von: »Nicht alles an Deutschland ist schlecht ...«

Die Erfindung von »Nie wieder Deutschland«

Was sich in den 90er Jahren dann allerdings unter dem Label *Antideutsche* zusammenfand, hatte weder lebensweltlich noch politisch viel mit der aus dem Song von Slime sprechenden unmittelbaren Ablehnung Deutschlands und der dort herrschenden Gesellschaftsform zu tun. Bei den im Umfeld der Zeitschrift *Bahamas* sich entwickelnden antideutschen Gruppierungen handelt es sich ursprünglich um ein Zerfallsprodukt des in Hamburg ansässigen Kommunistischen Bundes und um die identitäre Verkürzung eines Anfang der 90er Jahre für kurze Zeit unter dem Namen Antinationalismus firmierenden Politikansatzes.

Bereits zu Beginn des Jahres 1989 hatte sich aus dem Umfeld von in der Grünen Partei pleite gegangenen linken Grünen, Trotzlisten, Mitgliedern des Kommunistischen Bundes, der Zeitschrift *konkret* und anderen linksradikalen Gruppierungen ein Kreis namens »Radikale Linke« gebildet. Aus diesem Kreis, an dem auch Autonome der unterschiedlichsten Couleur beteiligt waren, wurde nach dem Fall der Mauer wesentlich eine Kampagne unter dem Motto »Nie wieder Deutschland« vorangetrieben. In einer von etwa hundert Personen Mitte Januar 1990 verabschiedeten Erklärung unter eben jenem Titel wurde ein »deutsch-nationaler Taumel ... ohne Beispiel« konstatiert. Und im Stile eines Parforceritts wurde zum Absingen der Nationalhymne im Bundestag durch eine »großdeutsche Allparteienkoalition« als historische Analogieschlüsse der »4. August 1914 nach Beginn des 1. Weltkrieges« und der »17. Mai 1933 zur Bekräftigung der außenpolitischen Erklärung Hitlers« frei assoziiert (Kongressvorbereitungsguppe, Die Radikale Linke). Nimmt man diese Assoziationskette ernst, stand in den Perspektiven des Kreises »Radikale Linke« nichts geringeres als erneut von diesem Land ausgehender Massenmord, Weltkrieg und Faschismus – infolge der sich anbahnenden Vereinigung – auf der Tagesordnung. Folgerichtig wurde dann auch immer mal wieder gegen ein nun drohendes »Viertes Reich« polemisiert (z.B. Hermann L. Gremliza in *konkret* 10/1991). Implizit wurde so die Wirklichkeit sowohl dieses Landes als auch der Welt auf die durch die beiden Weltkriege bewegte Zeit zwischen 1914 und 1945 festgefroren. Sind die Koordinaten des eigenen politischen Argumentationssystems erst einmal so groß gewählt, kann es zunächst einmal lässlich erscheinen, dass der hier zur Agitation verwendete assoziationsmächtige Begriff von der *konkret*-Redaktion bereits im April 1983 an prominenter Stelle platziert worden war: Auf einem Titelbild bedrohte unter dem Titel »Kanzler Strohl« eine als »Gesicht des IV. Reiches« bezeichnete Montage aus den Portraits Helmut Kohl und F.J. Strauss die BetrachterIn. Offenbar war das aber in der nun anstehenden antideutschen Kampagne auch von der *konkret*-Redaktion vergessen worden. So bleibt hier mindestens festzuhalten, dass, hätte die *konkret*-Redaktion ihre eigene Argumentation aus den Jahren zuvor ernst genommen, sie in der antideutschen Agitation gegen die Vereinigung Deutschlands in der Zeit nach 1989 mindestens gegen ein »Fünftes Reich« hätte Stellung nehmen müssen, was zweifellos in der öffentlichen Vermittlung ein großes Dilemma aufgeworfen hätte. Darüber half ganz sicher die Paroleninnovation von »Nie wieder Deutschland« hinweg. Einem der Vordenker der Antideutschen, dem *konkret*-Herausgeber Gremliza, war in

diesem Zusammenhang eingefallen, dass sich nun mal »die Deutschen« nicht durch »ihre Chromosomen, wohl aber (durch) ihre ›Soziogenese und ihre ›Psychogenese« (Elias) (...) als Feinde der Zivilisation gestählt« hätten. (*konkret* Nr. 12/1990) So traf die mindestens bei einem zweiten Nachdenken hoch problematische, weil apolitische Parole in der Zeitenwende der Jahre 1989/90 ganz sicher Momente einer desorientierten wie angesichts nationalchauvinistischer Auswüchse von Teilen der DDR-Bevölkerung deprimierten Stimmungslage vieler radikaler Linker. Da die bislang gültigen Koordinaten der eigenen Politik hinweggespült worden waren, fühlte man sich von den Ereignissen nicht ganz zu unrecht überrollt. Insofern kam zu jener Zeit dieser Parole sicher auch die Funktion eines entlastenden wie identitätsstiftenden Hilfescreis zu.

In diesem Sinne organisierte der Kreis der »Radikalen Linken« noch im Jahr 1990 zwei bundesweite Demonstrationen in Frankfurt und Berlin, sowie einen Kongress im Sommer in Köln. Erwähnenswert hier vielleicht noch, dass die politische Intention dieser Kampagne zumindest Eingang in die *Bild*-Zeitung vom 14. Mai dieses Jahres fand. Zusammen mit einem illustrativen Bild, das einen Steine werfenden und mit Hasskappe verummten Autonomen aus den Reihen der Frankfurter Demo zeigt, betitelte die größte Zeitung dieses Landes ihren Bericht mit der Schlagzeile: »So verhöhnen sie Deutschland« (Kongressvorbereitungsgruppe, »Deutschland? Nie Wieder!«). Gleichwohl gelang es weder dem Kreis der »Radikalen Linken« mit dem geworfenen Autonomen-Stein noch mit sonstigen Anstrengungen den Prozess der Vereinigung der beiden Deutschländer in nennenswerter Weise zu beeinträchtigen. Auch das sollte das seine dazu beitragen, die Gründe für die weitere Daseinsberechtigung dieses Kreises in Frage zu stellen. Schließlich zerbrach die »Radikale Linke« kurz nach Beginn des 2. Golfkrieges im Februar 1991 an der Frage, ob nicht zugunsten einer militärischen Verteidigung Israels vor irakischen Scud-Raketen der US-Krieg gegen Saddam Hussein zu befürworten sei. Auch wenn dieser Auflösungsprozess in keiner Publikation im Überblick dokumentiert ist, so können ein paar wesentliche Konfliktlinien in der Ausgabe der Zeitschrift *konkret* vom März 1991 nachgelesen werden. Der Herausgeber Gremliza sowie sein Autor Wolfgang Pohrt schlugen sich in unmissverständlichen Stellungnahmen auf die Seite der US-Regierung. Hier ist vor allem die in dem Beitrag des frühen Vordenkers der Antideutschen Pohrt vertretene Ansicht hervorzuheben, »dass die hiesige Linke ... wirklich für alle Zeiten moralisch« erledigt sei. Diese These suchte er unter anderem an den in der Anti-Golf-Kriegs-Bewegung aktiven Autonomen zu objektivie-

ren, die aus seiner Sicht »hier noch einmal unter der Nazi-Parole ›Kein Blut für Öl‹ den Zusammenhang von Militanz und völkischem Bewusstsein demonstrieren«. Damit behauptete Pohrt eine politische Einschätzung über Autonome, worauf vermutlich weder *Bild*-Journalisten noch die Leser von *konkret* jemals auch nur im Traum gekommen wären: Ihm schien es jedenfalls in seinen weiteren diesbezüglichen Überlegungen mehr als offenkundig, das man wahrlich »keine Phantasie mehr (brauche), um sich ... die Autonomen als Volkssturmarteilungen der Hitlerjugend oder als Verbände der Aktion Werwolf vorzustellen«. Man tut dem antideutsch gestimmten Herrn Pohrt kein Unrecht, wenn man seine kurz nach der völkerrechtlich erfolgreich, wie auch in großer Friedlichkeit durchgeführten Vereinigung der beiden Deutschländer präsentierten Reflexionen in die kurze Formel fasst: »Nie wieder Deutschland, nie wieder Faschismus, nie wieder Autonome«.

Dabei war die von Pohrt gegen Autonome verwendete griffige Formel, um diese als mehr oder weniger gut verkleidete Faschisten anzuprangern, keineswegs originell, sondern lediglich ein Plagiat, zumindest wenn man die Geschichte der Neuen Linken zugrunde legt. Als »Linksfaschismus«-Vorwurf war sie nämlich bereits im Sommer des Jahres 1967 von Jürgen Habermas gegen Rudi Dutschke und die revoltierenden StudentInnen von West-Berlin erfunden worden. Auf der anderen Seite sollten sie aber eine Tonlage im linken Fraktionskampf anschlagen, die sich im Verhältnis zwischen Autonomen und organisierten Antideutschen bis auf den heutigen Tag erhalten hat: Andere Linke sind erstens gar keine und zweitens mehr oder minder faschistisch.

Aus der binnenorientierten Perspektive der Autonomen blieb aber vorerst die bellizistische Position der *konkret* im zweiten Golfkrieg eine Randerscheinung, die auf die Politik der Bewegung kaum Einfluss hatte. Und vom Projekt »Radikale Linke« blieb außer der Parole »Nie wieder Deutschland!«, deren Popularität auf autonomen Demos bis heute ungebrochen ist, nichts Erwähnenswertes übrig.

Neue antideutsche Herausforderungen ab Mitte der 90er Jahre

Eine gewisse Popularität antideutscher Polemiken in der autonomen Linken verdankt sich jedoch nicht nur nationalistisch-chauvinistischen Strömungen infolge des Zusammenbruchs der DDR und der deutschen Vereinigung. Sie war auch Ausdruck einer aus der Enttäuschung über das

Scheitern nationaler Befreiungsbewegungen geborenen Kritik an der Idee eines Nationalismus von Links, der historisch noch immer die realen gesellschaftlichen Widersprüche verdeckt und der Absicherung autoritärer Herrschaft gedient hat. Sowohl die enttäuschten Revolutionshoffnungen in Lateinamerika als auch das Bedürfnis, dem neuen Deutschnationalismus etwas entgegen zu setzen, speisten so die Position, dass der Bezug auf die Nation aus linker Perspektive in jedem Fall in eine Sackgasse führen müsse.

Dieses wurde auch in zwei im autonomen Milieu intensiv rezeptierten Erklärungen und Stellungnahmen der Revolutionären Zellen aus den Jahren 1983 und 1991 thematisiert: In dem Papier »Krieg – Krise – Friedensbewegung« wurde eine prononcierte Kritik an national orientierten Begründungselementen der hiesigen Friedensbewegung geübt. In einem im Dezember 1991 publizierten Papier rechnete eine RZ-Gruppe am Beispiel der für ihren Genossen Albartus tödlich gewordenen Palästina-Solidarität unmissverständlich mit einem antizionistisch profilierten Anti-imperialismus ab, »der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte« (Früchte des Zorns: 27).

Mit der Abkehr von den Positionen wie Projektionen eines alten Internationalismus hat es dann auch an anderer Stelle im Verlauf der 90er Jahre im linksradikalen Milieu immer wieder Anläufe zur Entwicklung eines theoretisch profilierten »Anti-Nationalismus« gegeben. Das kam ganz sicher dem Bedürfnis nach dem Gebrauch einer neuen Identifikations- und Konsensformel entgegen, weist aber im politischen Handgemenge ein paar Problematiken aus, die wir am Schluss dieses Beitrages kurz skizzieren werden.

Die Transformation einer allgemeinen Kritik am Konzept der Nation hin zu einer antideutschen Position, die zuerst darin bestand, vor allem die deutsche Nation abzulehnen, um schließlich bei der Kritik nur noch an der deutschen Nationform zu landen und einzelnen anderen Nationalstaaten wieder durchaus Sympathie entgegen zu bringen, ist ein politischer Verdummungsprozess, dessen Stationen nur als Begleiterscheinung der fortschreitenden Auflösung linksradikaler Bewegungskerne zu verstehen sind.

Wenn wir hier im Folgenden en passant ein Jahrzehnt linksradikaler Bewegungsgeschichte auf wenigen Seiten skizzieren, so erfolgt dies wesentlich aus einer binnenorganisatorisch profilierten Sicht, und damit in einem emphatischen gesellschaftskritischen Bezug notwendigerweise gar nicht anders als außerordentlich verkürzt: Schließlich können weder Au-

tonome noch Antideutsche mit ihrem Gedanken- geschweige denn Aktionsradius beanspruchen, große Abschnitte gesellschaftlicher Wirklichkeit der BRD zur repräsentieren. In unseren weiteren Überlegungen müssen wir daher bewusst offen lassen, welche genaue Bedeutung und Resonanz z.B. die vielfältigen erinnerungspolitischen Initiativen zum Nationalsozialismus, die Debatten im Zusammenhang mit dem von Daniel Goldhagen publizierten Bestseller »Hitlers willige Vollstrecker« und die Auseinandersetzungen um die Ausstellung um die Verbrechen der deutschen Wehrmacht in den 90er Jahren für die hier zur Diskussion stehenden Protagonisten und ihrem besonderen Verhältnis zueinander gehabt haben.

Bewegungspolitisch relevant wurden die Antideutschen erstmals Mitte der 90er Jahre im Kontext der Proteste und Aktionen aus Anlass des 50. Jahrestags des alliierten Siegs über das nationalsozialistische Deutschland. Die damalige Konfliktanordnung enthielt schon die wesentlichen Bestandteile, die bis heute das Verhältnis von autonomer Bewegung und antideutscher Ideologie strukturieren und führte in der *Interim*, einem wöchentlich in Berlin erscheinenden Info-Blatt der autonomen Bewegung, zu einer ersten bewegungsoffentlichen, ausführlichen Debatte um den Sinn oder Unsinn antideutscher Positionen. Die ahistorische Fixierung auf die historische Anti-Hitler-Koalition manifestierte sich schon im Papier der antideutschen Gruppe »ak kassiber«, die »die Haltung zur Bombardierung Dresdens« zum »Lackmustest für die Haltung zu diesem Land und seinen BewohnerInnen« erheben wollte (*Interim* 315: 7). Zuvor hatte die *Interim*-Redaktion in einem Vorwort angekündigt, keine weiteren antideutschen Texte mehr abzudrucken, solange darin »keine grundsätzlich neuen Aspekte« mehr auftauchten (*Interim* 314: 2). Ihr Ziel, in typisch autonomer Manier über kritische Punkte lieber nicht so viel zu reden, die Debatte um antideutsche Positionen damit zu beenden, bevor sie überhaupt richtig angefangen hatte, ging allerdings nicht auf. Stattdessen lieferten sich BefürworterInnen und GegnerInnen antideutscher Positionen im ersten Halbjahr 1995 ein rege Auseinandersetzung in der *Interim*, in deren Verlauf sowohl die Leerstellen einer unreflektierten Bezugnahme auf die »Volksbefreiungsbewegungen« als auch historische und aktuelle Kurzschlüsse der antideutschen Konstruktion eines ewigen deutschen Nationalcharakters kritisiert worden sind.

Nach dieser Auseinandersetzung wurde es in der autonomen Szene still um die Antideutschen. Zwar tauchten in der Provinz vereinzelte antideutsche Gruppen auf, aber bis auf wenige Ausnahmen wurden die Auseinandersetzungen zwischen Antinationalen und Antideutschen, die in den

Zeitschriften 17°, *Bahamas* und zunehmend die *Jungle World* ausgefochten wurden, in der autonomen Bewegung höchstens am Rande zur Kenntnis genommen.

Im Sommer 1999 gelang den Antideutschen eine kurze Irritation, als sie behaupteten, die Parole des 2. antirassistischen Grenzcamp in Zittau, »Keine Grenze ist für immer«, würde auch von den Vertriebenenverbänden vertreten – eine Behauptung, die erstens nicht stimmte und sich bei näherem Hinsehen auch als Unfug erwies, da diese Verbände ja gerade alles daran gesetzt haben, den von ihnen präferierten Grenzverlauf in Osteuropa wieder herzustellen und ein für alle mal festzuschreiben (*Interim* Nr. 485/1999).

Politische Aufmerksamkeit gewinnen die Antideutschen von Seiten der autonomen Szene erst wieder im Herbst 2000 – diesmal nicht auf dem Feld der antideutschen Ideologie, sondern durch eine strategisch durchaus geschickte Positionierung innerhalb des autonomen Sexismusdiskurses. Dessen genauen Verlauf zu schildern, würde hier zu weit führen. Im Prinzip wiederholte die *Bahamas*-Redaktion den auch in Alternativmedien weit verbreiteten Vorwurf, die Autonomen seien aus Gründen der Political correctness in ihrer Politik lust- bzw. sexualfeindlich. Allerdings erhoben sie diesen Vorwurf zu einem Zeitpunkt, als in der autonomen Szene selbst längst traditionsfeministische Positionen im Geiste der Dekonstruktion infrage gestellt worden waren und keine klare Hegemonie mehr beanspruchen konnten. Die *Bahamas*-Redaktion gerierte sich dennoch als Tabubrecher, indem sie sich mit der Wucht der ganzen Schlichtheit ihrer Argumentation dafür ins Feld warf, doch bitteschön das »Nein!« einer Frau im Kontext sexueller Handlungen ganz im Sinne des Mainstreams der Stammtische grundsätzlich erstmal als »Ja, bitte!« zu verstehen, und diese Position zum Leitbild linker Politik zu machen. Man sehe uns nach, dass wir diesen wohl auch von Sexualobsessionen nicht ganz freien Positionierungen aus dem antideutschen Lager an dieser Stelle nicht weiter argumentativ nachspüren.

Wesentlich für den Aufmerksamkeitsgewinn der Antideutschen war in der konkreten Konstellation, dass ausgehend von Berlin in praktisch der gesamten deutschen Antifa-Szene zu der Zeit eine Konflikt schwelte, bei dem es um den Vorwurf der Vergewaltigung durch ein Mitglied der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) und das Verhalten dieser Gruppe zu diesem Vorwurf ging. Der Konflikt führte zu einer bundesweiten Spaltung innerhalb der Antifa-Strukturen, die sich entweder von der AAB distanzierten, oder sich mit ihr solidarisierten. In dieser Situation interve-

nierte die *Bahamas*-Redaktion in Berlin, und organisierte im Mehringhof eine Veranstaltung, in der sie die autonome Mehrheitsposition, sich im Falle des Vorwurfs sexueller Gewalt bedingungslos auf die Seite der Frau zu stellen, frontal angriff. Die Antideutschen stellten sich gewissermaßen auf die Seite der bedrängten Antifas, die es ihnen prompt dankten, indem sie die Veranstaltung gegen Angriffe aus der Szene handgreiflich verteidigten. Spätestens seit dieser Intervention hat sich die antideutsche Strategie, die autonome Szene als »Hauptfeind« und als Hauptspielfeld zu begreifen und sich so im Schatten der Bewegungsmobilisierung selbst zu profilieren, immer wieder erfolgreich durchgesetzt und hat absurder Weise dazu geführt, auch innerhalb der Szene Zuspruch zu bekommen.

Zusammenfassend kann das widerspruchsvolle Verhältnis zwischen Autonomen und organisierten Antideutschen im Jahrzehnt der 90er Jahre dahingehend beschrieben werden, dass es sowohl von frontaler Ablehnung, Ignoranz bis hin zu Integrationsversuchen theoretischer wie praktischer Art gekennzeichnet ist. Die L.U.P.U.S.-Gruppe aus Frankfurt beklagte noch in einem 1994 publizierten Buch »die Unkenntnis zentraler Mechanismen der Vergesellschaftung ›weißer‹ Deutscher«, wusste in dieser Logik von einem »rassistischen Konsens« in diesem Land zu berichten, und plädierte für einen »Anti-Nationalismus« als eine »der vornehmsten Aufgaben linker Opposition«. Von den wechselnden Redaktionen der *Interim* wurden bis nach dem 11. September immer wieder auch antideutsche Papiere und Stellungnahmen bis hin zu der Bombardierungsanleitung einer Antideutschen Gruppe aus Wuppertal an US-Außenminister Powell publiziert (*Interim* 535). Und im Mai des Jahres 2002 ermächtigte sich eine die Nr. 550 gestaltende Redaktion der *Interim* dazu, die auch bei entsprechenden Staatsbesuchen hier aufgezogene Flagge des Staates Israels versehen mit einem Aufruf zur Solidarität – und zwar nicht mit allen dort lebenden Menschen, sondern mit dem Nationalstaat selbst, gleich auf das Titelbild zu packen.

Die identitätspolitische Aufladung des Widerspruchs gegen den Antisemitismus

Inhaltlich bestimmt das spannungsgeladene Feld zwischen Autonomen und Antideutschen seit den 90er Jahren der zurecht erhobene Vorwurf des Antisemitismus. Er macht sich wesentlich an den von Antimperialisten praktizierten »Antizionismus« im Kontext der Palästina-Solidarität der 80er Jahre fest, zu dem von autonomer Seite nicht nur kaum ein

fundierter Widerspruch, sondern zuweilen sogar im Kontext unreflektiert übernommener volksmythologischer Vorstellungen ein impliziter Zuspruch nachweisbar ist – jedenfalls von denjenigen Autonomen, die sich in der Palästina-Solidarität engagiert haben. Die Instrumentalisierung der Antisemitismusproblematik in diesem Land durch die Antideutschen auch gegen Autonome ist – hier liegt Robert Kurz richtig – jedoch eine »identitätspolitische Goldader« Sans phrase. Und dieser Vorwurf wirkt auch dann, wenn sich die Selbstlegitimation einiger Antisemitismus-Vorwerfer aus dem antideutschen Spektrum, insoweit sie sich früher als engagierte Vertreter der Palästina-Solidarität betätigten, auf durchaus fragiler Grundlage entfaltet, was aber an dieser Stelle nur als ein Nebenaspekt der ganzen Angelegenheit vermerkt werden soll.

Es ist jedoch offenkundig, dass die Problematik eines sowohl latenten als auch offenen Antisemitismus auch heute noch präsent ist – im Unterschied zu der militärischen Niederlage des Naziregimes, die nach 1990 gewissermaßen von der direkten Nachkriegsgeschichte in die Schlussgeschichte der alten BRD und DDR gerückt ist. Und wahr ist auch, dass die von dieser vermutlich noch nicht einmal in Ansätzen verstandenen Thematik ausgehende Irritationsdynamik in diesem Land kolossal ist, und die darauf erfolgenden unmittelbaren Reaktionen von Ignoranz, Stammelnen, beschämtes Schweigen, Projektion, distanzloser Identifikation, peinlicher Selbstzuschreibung bis hin zu einem frei florierenden Entsetzen reichen. Allerdings eignet sich die Antisemitismusproblematik auch ganz ausgezeichnet zu einer Praxis, die man bereits früher mit dem Begriff einer »Verrätselung der Welt« bezeichnet hat. Gemeint ist damit eine spezielle Form einer gerade um entkoppelte Komplexität bemühten Theoriearbeit, die sich unter missbräuchlicher Berufung auf den von Moïse Postone ausgearbeiteten Ansatz einer sich in Auschwitz erfolgreich materialisierten »Vernichtung des Werts« unwillig zeigt, die sich im Massenmord der europäischen Juden auch offenbarende, schlichte »Banalität des Bösen« (Hannah Arendt), eine ziemlich simple wie unmissverständlich brutale »Ökonomie der Endlösung« (Götz Aly/Susanne Heim) sowie die in allen Kriegsperioden der Neuzeit zu beobachtende staatliche Entfesselung mörderisch-sadistischer Formen der Gewalt von unten in einem konzeptionellen Sinne auch nur in Rechnung zu stellen.

Dabei erfüllt die Denunziation im linksradikalen Milieu als »Antisemit« vermutlich eine ähnliche Funktion wie früher die Denunziationszuschreibungen »Faschist« oder »Reformist«. Wem es gelingt, den anderen vor den von der extremen politischen Rechten dieses Landes angerichte-

ten Leichenberg zu schieben, der kann den Anspruch erheben, die Konsequenzen aus der Geschichte gezogen zu haben, und beanspruchen, gegen das Übel der Welt von links die Führung inne zu haben. Hier sind vermutlich einige sich aus einem antideutschen Diskurs entfaltende Ermächtigungs- und Handlungsphantasien, um sich im innerlinken Fraktionskampf auch mittels vermeintlicher Tabubrüche zu platzieren, nicht ganz zu unterschätzen. Wenn ein Antideutscher einem der Verfasser dieses Artikels direkt ins Gesicht sagt: »So lange die deutsche Linke dazu unfähig ist, Synagogen vor Naziangriffen zu schützen, bin ich froh, dass es die deutsche Polizei gibt!« führt er diesen nicht nur dessen ganz offenkundige Unfähigkeit vor, den Schutz eben der Synagogen garantieren zu können. Die Aussage reflektiert dabei nicht allein auf eine mutmaßliche Unentschlossenheit oder gar Unwilligkeit von Autonomen, mit der Polizei zusammen zuarbeiten. Der hier politisch geltend gemachte 24-Stunden-Schutz der Synagogen insinuiert diese Praxis en passant als *den* Prüfstein zum Zwecke der Verhinderung eines zweiten Holocausts als Meßlatte praktischen politischen Handelns. Deckt an diesem Beispiel ein etwaiges Nicht-Handeln gerade von latent polizeifeindlichen Autonomen nicht unter Umständen eine ungeheuerliche gesellschaftstheoretische Indifferenz gegenüber den aus der deutschen Massenmordgeschichte zu ziehenden Konsequenzen auf, die nur skandalisiert werden kann? Sicher ist hier jedenfalls nur, dass vor diesem diskursiv monumental ausgestalteten Hintergrund die antideutsche Affirmation der »deutschen Polizei« eben zur Verhinderung des Schlimmsten selbstredend in einem erheblich milderem Licht erscheinen muss.

Anknüpfungspunkte antideutscher Ideologie im autonomen Milieu

Der deutschen Polizei allerdings wird es wohl ziemlich egal sein, ob sie von einem Häufchen Antinationaler plötzlich als Bundesgenosse begehrt wird. Bis auf einige eher irritierte Erwähnungen im Feuilleton überregionaler Zeitungen spielen die Antideutschen politisch außerhalb des linken Bewegungsmilieus keine wahrnehmbare Rolle. Der szeneeinterne Bedeutungsgewinn antideutscher Ideologie korrespondiert allerdings nicht nur mit dem gesellschaftlichen Bedeutungsverlust der Autonomen im gleichen Zeitraum. Er speist sich sicherlich auch aus einer Reihe von Quellen, die in der autonomen Bewegung selbst liegen.

Die antideutsche Ideologie kann an bestimmte politische Fragestellungen, Selbstwidersprüche und ideologische Formationen andocken, die in der autonomen Bewegung mehr oder weniger latent vorhanden waren – allerdings inhaltlich durch andere Ideologiefragmente ausgefüllt. Identitätspolitik, ein Hang zu monokausalen Erklärungsmustern und zur scharfen Abgrenzung gegenüber der Mehrheitsgesellschaft und reformistischen Strömungen der Linken waren im Verlauf der autonomen Bewegung immer schon mehr oder weniger stark präsent. Wie diese Elemente im einzelnen inhaltlich ausgestaltet worden sind, hing jeweils von der aktuellen politischen Konstellation ab.

Bevor wir hier allerdings einige Thesen hinsichtlich der Ambivalenz bzw. Attraktivität der »antideutschen Frage« auf und für Autonome präsentieren, bleibt allerdings zu vermerken, dass sich manche der hier präsentierten Schlussfolgerungen nicht in jedem Fall direkt aus Texten ableiten lassen. Sie ergeben sich vielmehr auch aus begründeten Spekulationen, vorläufigen Annahmen, Berichten, Anekdoten und streng subjektiven Beobachtungen von selbstredend völlig zufälligen Begebenheiten.

Monokausale Erklärungsmuster

Die antideutsche Ideologie ist eine monokausale Welterklärung par excellence. Statt an der Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit politischer und gesellschaftlicher Prozesse zu verzweifeln, argumentiert die antideutsche Ideologie aus der Perspektive eines archimedischen Punktes: dem Holocaust. Er erklärt ihr nicht nur die Verhältnisse in Deutschland in der Vergangenheit, sondern auch die Gegenwart in allen Regionen der Welt. Aus dieser Perspektive streben nicht nur die deutsche Regierung und alle nicht anti-deutschen BewohnerInnen des deutschen Staatsgebietes im Innersten auf die Wiederholung des Holocaust. In überraschender Übernahme regierungsamtlicher Propaganda werden auch wahlweise den Palästinensern, dem Irak bzw. Saddam Hussein oder dem islamischen Fundamentalismus die selben Gründe als eigentliche Handlungsmotivationen unterstellt.

In ihrer Eindimensionalität und Borniertheit erinnert die antideutsche Ideologie damit strukturell nicht nur an die Faschisierungsthese, die in den 70er Jahren die BRD auf dem Weg in ein Viertes Reich gesehen hatte – und die bei den Autonomen bis in die 80er Jahre eine gewisse Anhängerschaft hatte. Noch größere Ähnlichkeit hat die antideutsche Ideologie überraschenderweise mit bestimmten Spielweisen des Antiimperialismus, der in den 70er und 80er Jahren das imperialistische Weltherrschafts-

und -ausbeutungstreiben der Großmacht USA zum Dreh- und Angelpunkt seiner Ideologie gemacht hatte. Hier wie dort strukturiert die unterstellte Handlungsmotivation eines Staates die Welt und sorgt dafür, dass die Handlungsmöglichkeiten der anderen Akteure sich nach dieser Zentralperspektive ausrichten und gleichsam in ihren Platz fallen. Nur dass in der Perspektive des Antiimperialismus die BRD gleichsam Marionette des imperialen Hegemons USA war, während in der antideutschen Perspektive der Irak quasi zum Erfüllungsgehilfen des deutschen Strebens nach der Vernichtung der Juden wird. Antideutschtum und Antiimperialismus zeigen übrigens noch eine weitere Strukturähnlichkeit: Beide projizieren die in der eigenen Gesellschaft aufgegebenen Emanzipations- oder Revolutionshoffnungen auf ein entferntes nationalstaatliches Subjekt. Im Antiimperialismus waren das die postkolonialen Nationalstaaten und die nationalen Befreiungsbewegungen, im Falle der Antideutschen ist das Israel und dessen Armee. In diesem Sinne ist die antideutsche Parole »Waffen für Israel« nicht nur eine ironisierende Wiederaufnahme der antiimperialistischen Parole »Waffen für El Salvador«, und es ist sicher kein Zufall, dass die antideutsche Gruppe »ak kassiber« einem ihrer frühen Texte ausgerechnet ein Zitat des fest in der 80er Jahre Antiimp-Tradition verwurzelten RAF-Mitglieds Christian Klar vorweg stellen. Darin proklamiert er, man solle sich nicht davon abschrecken lassen »in der Bürgerumwelt nicht mehr vermittelbar zu sein«, denn »die Mehrheiten-fischer sind die großen Verächter des Volkes« (*Interim* 315/1995). Hier trifft sich noch etwas holprig der nur noch abstrakt auf Völker, die irgendwo anders als revolutionäre Subjekte imaginiert werden, bezogene Avantgardeanspruch der 80er-Jahre-RAF und der antideutsch begründete Verzicht auf jegliche gesellschaftliche Vermittelbarkeit der eigenen Politik in einer emphatischen Affirmation der gemeinsamen Paria-Stellung.

Historischer Antifaschismus – Um- und neugeschrieben

Die antideutsche Ideologie bietet Ersatz für den nach 1989 obsolet gewordenen historischen KPD-Antifaschismus. Spätestens seit den 70er speiste sich die westdeutsche Antifa-Bewegung aus zwei parallelen Begründungsmustern. Einerseits wurden die Aktivitäten gegen neonazistische Strukturen mit der von diesen Strukturen ausgehenden akuten Gefahr begründet, andererseits begriff sich ein Teil der Antifa in der Tradition des historischen Antifaschismus der KPD (und des VVN). Dieses zweite Begründungsmuster wurde nach 1989 zunehmend problematischer – nicht nur weil dessen Instrumentalisierung in der DDR eine Bezugnahme

schwieriger machte, sondern auch, weil die im Osten selbst nationalistisch auftretende PDS dort dieses Begründungsmuster für sich in Anspruch nahm. Der antideutsche Ausweg aus diesem Dilemma, der von vielen Antifagruppen begierig aufgenommen worden ist, ist die Bezugnahme auf die Alliierten, die jetzt als historische Begründung an die Stelle der KPD-Tradition tritt. Statt mit den Häftlingen von Buchenwald solidarisiert man sich nun mit Bomber-Harris. Und an die Stelle der vergleichsweise wenig erfolgreichen (kommunistischen) PartisanInnen sind nun die ungleich durchschlagkräftigere Rote Armee und vor allem die amerikanischen GIs getreten.

Dabei gleichen sich beide historische Bezugnahmen in ihrer seltsamen Geschichtslosigkeit. Beide Varianten sehen Deutschland (und im zweiten Fall auch die damaligen Alliierten) in der historischen Konstellation von 1933-45 quasi eingefroren. Die Zeit davor wird zur bloßen Vorgeschichte des NS. Und wenn Joachim Bruhn im Kosovo die Pax americana gegen das deutsche Zentrum Krieg führen sieht (*Jungle World* 7.7.1999) und Jürgen Elsässer den Friedensprozess mit der IRA als Bedrohung der alliierten Macht Großbritannien begreift (*junge Welt* 5.12.1994), dann hat in dieser Perspektive die Geschichte nach 1945 im Grunde gar nicht stattgefunden.

Auffällig ist, dass die historisierende Bezugnahme auf die Alliierten – insbesondere auf die West-Alliierten – in der Antifa-Szene zu einem Zeitpunkt en vogue wird, als zu Beginn des 21. Jahrhunderts das politische Feld der Antifa-Arbeit durch eine doppelte Bewegung infrage gestellt ist: Zum einen gelingt es der Antifa gerade in vielen ostdeutschen Regionen nicht, die rechtsradikale (jugend-)kulturelle Hegemonie zu durchbrechen. Zum anderen sieht sie sich auf dem Feld der antifaschistischen Arbeit mit einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen, halbstaatlichen und staatlichen Programmen »gegen Rechts« konfrontiert, gegen die eine frontale Gegenpositionierung nicht immer sinnvoll und gewollt ist. Die Antideutschen machen in dieser für manche Linksradikale irritierenden Konstellation, im Antifabereich in »reformistische« Bündnisarbeit einbezogen zu werden, ein einfaches Angebot, sich wieder klar und unzweideutig gegen Deutschland zu positionieren – an der Seite der Alliierten.

Abgrenzung als oberstes Gebot und dennoch politisch ganz oben mitspielen

Der antinationale Gestus entspricht einem in der autonomen Bewegung schon immer weit verbreiteten Bedürfnis nach einem radikalen Identitätsentwurf, der sich zu dem, was unter einer Mehrheitskultur verstanden wird, abgrenzt. Die über ein Jahrzehnt lang mindestens in den Großstädten politisch wie sozial eingeübten Milieu- und Szene-Extravaganzen erweisen sich als direkt anschlussfähig an den radikalen Minderheitsdiskurs der Antideutschen.

Zusätzliche Attraktivität gewinnt dieser Identitätsentwurf durch seinen Anspruch auf einen abstrakten Linksradikalismus. Wobei gegenüber den mindestens 23 Jahre alten Autonomen (*AG Grauwacke*) der erst Anfang der 90er Jahre geborene antideutsche Sound den Charme der scheinbar theoretisch profilierten Innovation und der Jugendlichkeit beanspruchen kann. Die temporäre Provokationswirkung via Antideutsch auf intellektuell wie praktisch etwas betagtere und eingerichtete autonome Alte, ist also nicht zu unterschätzen.

Nicht unwesentlich erscheint uns auch im Sinne einer gegenkulturellen Identitätsstiftung die Attraktivität eines antideutschen Sounds, wie er insbesondere in der Zeitschrift *Jungle World* zu finden ist, und an dem hier und da ein paar Leute mitstricken, die sich in einem milieuspezifischen Sinne durchaus irgendwie als »autonom« bezeichnen können. Dort wird das Kunststück vollbracht, sich rhetorisch radikal gegen die als »Deutschland« verstandene Mehrheitsgesellschaft zu positionieren, ohne den Wunsch aufzugeben, dennoch an der Seite der »westlichen Zivilisation« weltpolitisch mitspielen zu dürfen.

Hier ist besonders auf die von dieser Zeitung im Kontext des von der aktuellen US-Regierung umsichtig geplanten Angriffskrieges gegen den Irak einberufenen Treffen unter dem sinnigen Motto »Kriegsrat« hinzuweisen. Dabei ist nicht nur überraschend, wie viele auch sehr junge Linke sich als gewiefte Außenpolitiker mit Expertise insbesondere im arabischen Raum glauben auskennen zu können. Zusätzlich zeichnen sich die in der *Jungle World* propagierten Positionen durch eine gegenüber der instruktiven deutschen Massenmordgeschichte in den beiden Weltkriegen überraschend große historische Unbefangenheit aus. Sie sind wesentlich durch die Intention gekennzeichnet, die von George Bush in Namen klügerer Leute verkündeten Propagandaformeln des »war on terrorism« zu einer als innerlinks etikettierten Diskussionsgrundlage zu befördern. Das erscheint uns zwar auch nach mehrmaligen intensiven Nachdenken

als kaum glaublich, ja geradezu skurril, ist aber dennoch wahr, auch wenn selbstredend in dieser Zeitung schon aus Gründen des Bestandserhalts immer wieder auch gegenläufige Positionen zum Ausdruck kommen müssen. Offenbar ist in der Vorstellung vieler *Jungle World*-Redaktionsmitglieder und Journalisten das Einnehmen einer fundamentalen Protestperspektive gerade von unten gegen den bedrohlichen Lauf der Welt völlig undenkbar geworden. Über die Gründe und Ursachen dieser Entwicklung kann man sicher lange spekulieren. Und auch wenn es immer richtig ist, komplexe soziale wie politische Entwicklungen niemals auf vordergründigen Verrat und mangelnde moralische Verlässlichkeit zu reduzieren, so ist es einfach auch wahr, dass wer einmal etwas klüger war, es leider auf Dauer nicht bleiben muss, und sich durch die Biographie einzelner Leute immer auch Momente intellektuellen Verfalls, Dummheit und interessierten Opportunismus einschreiben können.

Entwicklungsperspektiven eines widersprüchlichen Verhältnisses: Politik versus Punk

Natürlich ist es richtig, mit Prognosen immer etwas vorsichtig zu sein. Aber scheinen uns einige Thesen über die Zukunft der antideutschen Frage, über deren Plausibilität sowohl die LeserInnen dieser Zeilen, wie die gesellschaftliche Praxis frei entscheiden werden, nicht ganz aus der Luft gegriffen zu sein.

Zunächst einmal lässt sich wohl gefahrlos konstatieren, dass eine bestimmte Form organisierter antideutscher Politik, insoweit sie sich um die Redaktion der Zeitschrift *Bahamas* gruppiert, ihren Zenit überschritten hat. Diese Strömung hat nach den Massenmordanschlägen des 11. September konsequent alle Brücken zu dem abgebrochen, was sie glaubt als »links« benennen zu können. In diesem Sinne war danach die erklärte wie direkte Zusammenarbeit mit der Polizei und mit der Springer-Presse, die direkte propagandistische Unterstützung des Kriegs-Kurses der US-Regierung, sowie die Herabwürdigung der Staatsflagge Israels zu einem bloßen Lappen in Szene-Gefechten folgerichtig. Diese erfolgreich realisierte Praxis eines strammen Rechtskurses hat zwischenzeitlich sogar innerhalb des antideutschen Lagers vehemente Kritik hervorgerufen (vgl. z.B. den unter dem Pseudonym »problem child« veröffentlichten Beitrag in der Zeitschrift der Frankfurter StudentInnengruppe *Sinistra*).

Dennoch ist es auch am Beispiel der *Bahamas* interessant zu beobachten, wie eine sich selbst so radikal gerierende politische Kritik glaubt,

nicht ohne eine ultimativ positive Bezugnahme auskommen zu können. Was für den Kommunistischen Bund Westdeutschlands das Kambodscha Pol Pots, für die Internationalisten Nicaragua und für die DKP die DDR war, das ist für die Antideutschen Israel. Diese unmissverständliche Botschaft wie Parteinahme macht auch die gewisse politische Schubkraft der organisierten Antideutschen im Unterschied zu den Antinationalen aus. Erstere bekennen sich direkt und klar in einer Art projektivem Nationalismus zu dem, was sie für den Staat Israel halten, und benennen darüber hinaus die global agierenden amerikanisch-britischen Bomberverbände als positive Bezugspunkte. Wen aber bitte schön kann der Antinationalismus linksradialer Couleur als konkreten positiven Bezugspunkt benennen? Fast niemanden! Das macht ihn zwar für die Verfasser dieser Zeilen recht sympathisch, trägt aber das seine dazu bei, dass er sich in seiner politisch handlungsrelevanten Schubkraft aktuell mit organisierter antideutscher Politik nicht messen kann.

Die Attraktivität eines antideutsch motivierten Zugriffes speist sich auch aus einer Vielzahl von Enttäuschungen, über von heute aus sehr leicht erkennbaren Dummheiten und Niederlagen »linker Politik« in der Zeit nach der 68er-Revolution (vgl. Wolf Wetzel 2002). In dieses Vakuum schreiben sich zwischenzeitlich Vorstellungen, Phantasien und Obsessionen eines esoterischen Kommunismus ein. Der beunruhigende Umstand, dass der Staat Israel für Antideutsche zu einem Objekt metaphysischer Erwartungen geworden ist, kann in der Parole: »Solidarität mit Israel /Für den Kommunismus!« deutlich abgelesen werden.

Allerdings könnten die Israel-Projektionen von Antideutschen – wenn auch noch unter dem Kommunismuslabel – auf die Reetablierung eines neuen spezifischen Bewusstseins von Teilen der hiesigen jungen Intelligenzija verweisen: Momente »deutscher Einzigartigkeit« finden nicht mehr – wie es noch in der Habermasschen Formel aus dem Historikerstreit der Jahre 1986/87 angelegt war – in der Konfrontation mit der Praxis des Mordes an den europäischen Juden statt: Stattdessen werden sie an dem zum Gegenstand metaphysischer Spekulation gemachten Staat Israel gesucht. In der Identifikation mit Israel geht es um die Projektion einer Gemeinschaft – um den Wunsch nach dem Heraussteigen aus dem belasteten eigenen Kollektiv.

Insgesamt hängt die Zugkraft des antideutschen Diskurses wesentlich von der Aufmerksamkeit ab, die ihm aus dem linken Bewegungslager gezollt wird. Dabei erweisen sich andere Bewegungen, die zur Zeit eine stärkere Breitenwirkung und Mobilisierungsfähigkeit entwickeln als die

Autonomen, bisher als relativ immun gegenüber der antideutschen Ideologie. So werden zwar im Kontext der Globalisierungs- und Anti-AKW-Proteste die Vorwürfe des Antisemitismus einzelner Aussagen oder Kampagnen aufgenommen und diskutiert. Allerdings gelingt es den Antideutschen nicht, in diesen viel stärker auf eine gesellschaftliche Breitenwirkung angelegten Bewegungen eine in der autonomen Szene vergleichbare Wirkung zu entfalten. Das Schicksal der Antideutschen hängt also offenbar zu einem nicht unwesentlichen Teil an den Autonomen, zumal sie aus sich selbst heraus in der Regel nicht in der Lage sind, eine relevante Mobilisierung zu realisieren oder eigene Themen zu setzen.

Jenseits der Bewegungspolitik scheint das antideutsche Projekt zudem als linke Aufstiegsperspektive analog zur Grünen Partei insgesamt wenig geeignet zu sein, zumal seine politischen Anknüpfungspunkte eher im ganz konservativen Lager zu finden sind und spätestens dort der esoterische Kommunismus der Antideutschen abgelegt werden muss – was aber eigentlich so schwer nicht fallen dürfte.

Der von Antideutschen zu einem ihrer wesentlichen Organisationsprinzipien erhobene Kommunikationsabbruch – übrigens nicht nur gegenüber linken Gruppen – kann als eine spiegelbildliche Verkörperung vom Kommunikationsproblemen auch von Autonomen bezüglich ihrer Politik verstanden werden. Als fast paradigmatisch für diese Problematik können hier ein paar von dem Dokumentarfilmer Thomas Frickel in seinem Film »Deckname Dennis« meisterhaft eingefangenen Szenen von einer im Mai 1995 vom Berliner Oranienplatz ausgehenden Antideutschen-Demonstration zitiert werden. Bei seinen hauptsächlich im rechtsextremistischen Milieu angestellten Recherchen zu der Frage, was denn bitte schön unter dem »Sinn und Wesen des Deutschen« zu verstehen sei, suchte er durch die Gestalt eines ausgeschickten, etwas naiv wirkenden dicken US-amerikanischen Journalisten die Gelegenheit beim Schopfe zu packen, auch Anti-Deutsche zu diesem Thema zu befragen. Doch ironischerweise zeigten sich so gut wie alle der im Dokumentarfilm gezeigten antideutschen Demonstrationsteilnehmer zum Teil in geradezu grotesken Abwendungs- und Vermummungsgesten entweder als unwillig oder gar als völlig unfähig, diesem das Anliegen ihrer Demonstration in irgendeiner Weise verständlich zu machen. Erst als es dem permanent abgewiesenen Dokumentarfilmer gelingt, sich bis zum Kontaktbullen des Demoveranstalters durchzufragen, erhält er endlich von diesem – wenn auch mit gewissen Unsicherheiten – die wenigstens um einen Hauch irgendeiner Rationalität bemühte Antwort, das es wohl dem »Veranstal-

ter« um ein »Nie wieder Krieg in Deutschland« gehen könnte – eine Antwort übrigens, die – aber dafür konnte der bemühte Kontaktpolizist damals wirklich nichts – heute definitiv nicht mehr stimmt. Das eine Rezension dieses instruktiven Dokumentarfilms in der *taz* diese Szene als eine »autonome Demo« qualifizierte, sollte dabei nicht auf eine sonst nicht unübliche Unkenntnis der diensthabenden Reporterin über filigrane Szeneriedifferenzierungen geschoben werden. Wären nicht auch die Transparente dieser Demonstration kurz im Bild zu sehen gewesen, man hätte diese Demonstranten von ihrem Outfit her ohne Probleme als wilde und ziemlich gefährliche Teilnehmerinnen einer in jenen Jahren vom gleichen Kundgebungsort ausgehenden »Revolutionären 1. Mai-Demonstration« ansehen können.

Jedenfalls wird für Autonome unter den obwaltenden Umständen auch ohne politisch organisierte Antideutsche die »antideutsche Frage« nicht völlig verschwinden. Wir denken dabei insbesondere an die von Bundeskanzler Schröder im Rahmen seines Sozialkahltschlages angestimmte Rhetorik à la »Ein starkes Deutschland in einem starken Europa!«, die aktuell auch von entsprechend gestalteten großformatigen Werbeplakaten im öffentlichen Raum begleitet wird. Die vom Punk inspirierte Reaktion im Sinne von: »Was interessiert mich Deutschland, das finde ich scheiße!« wird dementsprechend auch in Zukunft hier mitten im »Standort Deutschland« richtig bleiben. Man soll und muss sich aber unbedingt davor hüten – und das hoffen wir mit unseren kursorischen Bemerkungen zum Aberwitz von ungefähr einem Jahrzehnt organisierter antideutscher Politik klar gemacht zu haben – diese berechtigte Abwehrreaktion zum alleinigen Fixpunkt organisierter Politik zu machen.

Literatur:

- AG Grauwacke: Autonome in Bewegung. Die ersten 23 Jahre, Berlin 2003
- ak kassiber: tragen wir den deutschen konsens oder nicht, akzeptieren wir einen deutschen frieden oder lassen es bleiben? diskussionsbeitrag zur veranstaltung »antinational und antideutsch zum 8. mai?«, in: *Interim* Nr. 315/1995
- Antideutsche Gruppe Wuppertal: Für die Zivilisation – für den Kommunismus, in: *Interim* Nr. 535 vom 4.10.2001
- Autonome l.u.p.u.s. gruppe: Lichterketten und andere Irrlichter. *Texte gegen finstere Zeiten*, Berlin 1994
- Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, 1 BvR 581/00 vom 3.11.2000, Absatz-Nr. (1-33), <<http://www.bverfg.de/>>

- Hermann L.Gremliza: Blockwart, sauber, in: *konkret* Nr. 12/1990
- Hermann L.Gremliza: Viertes Reich, fünfter Gang, in: *konkret* Nr. 10 /1991
- Sebastian Haffner: Germany: Jekyll & Hyde. 1939 – Deutschland von innen betrachtet, London 1940, wiederaufgelegt Berlin, 1996
- Ders.: »Geschichte eines Deutschen. Erinnerungen 1914-1933, Stuttgart – München 2000
- Christina von Hodenberg: Aufstand der Weber. Die Revolte von 1844 und ihr Aufstieg zum Mythos, Bonn 1997
- Kongressvorbereitungsgruppe: Die Radikale Linke. Reader, Hamburg 1990
- Kongressvorbereitungsgruppe: »Deutschland? Nie Wieder!« Kongreß der Radikalen Linken, Köln 1990
- Robert Kurz: Die Jubelperser der Weltpolizei. Eine verschworene deutsche Gemeinschaft,
www.krisis.org/r-kurz_jubelperser-der-weltpolizei.html [25.5.2002]
- Karl Marx: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie«, in: *MEW* Band 1, Berlin/DDR 1976, S. 378-391
- Peter Merseburger: Willy Brandt 1913-1992. Visionär und Realist, Stuttgart – München 2002
- Wolfgang Pohrt: Musik in meinen Ohren, in: *konkret* Nr. 3/1991
- Wladimir Projorski und Karl Friesland: Über die Kritik an der Parole »Keine Grenze ist für immer!« aus dem Geist des Gerüchts, in: *Interim* Nr. 485/1999
- Redaktion Interim Nr. 550 von 9.5.2002, (Solidarität mit Israel)
- Revolutionäre Zellen: »Krieg – Krise – Friedensbewegung« vom Dezember 1983 und »Gerd Albartus ist tot« vom Dezember 1991, zitiert nach: *Die Früchte des Zorns* Band 1+2, Amsterdam 1993, S. 467-501 und 20-34
- Problem child: Dialektik des Abschieds, in: *Zeitschrift der Gruppe sinistra*, Frankfurt Januar 2004,
www.copyriot.com/sinistra/magazine/sin04/abschied.html
- Wolf Wetzel: Antideutsche Kriegsführung. Ein Lehrgang für AnfängerInnen und Fortgeschrittene, in: Krieg ist Frieden, Münster 2002 oder: <http://www.gegeninformationsbuero.de/antidoitsch/antidoitsch.html>
- Anke Westphal: Reise ins Eingemachte. In Thomas Frickels Film »Deckname Dennis« sucht ein US-Agent das typisch Deutsche und findet – Gartenzwerge, in *taz-Berlin* vom 12.6.1997